

Prüfsteine und Stolperfallen im Israel-Palästina-Konflikt

Hinweise für Mitglieder und Gliederungen der DFG-VK

Bei Aktionen zum Israel-Palästina-Konflikt besteht die Gefahr der Instrumentalisierung durch Gruppen, die andere Positionen vertreten als die, die wir in unserer Satzung und in unserem Programm festgeschrieben haben. Durch Unkenntnis und Nachgiebigkeit in Bündnissen kann man dem Ansehen der DFG-VK Schaden zufügen. Im folgenden möchten wir einige Dinge auflisten, die DFG-VK-Gliederungen bei der Planung solcher Aktionen beachten sollten.

Zionismus und Antizionismus

Zionismus ist die historische Bewegung, die zur Gründung eines jüdischen Staats führte.

Antizionismus ist die Ablehnung eines jüdischen Staats.

Antizionismus ist nicht mit Zweck und Zielen der DFG-VK vereinbar. Die Existenz Israels ist legal und legitim, die DFG-VK stellt das nicht in Frage. Der jüdische Staat ist kein „koloniales Projekt“.

Einen kurzen, allgemeinverständlichen Abriss mit den wesentlichen historischen Fakten findet man hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Existenzrecht_Israels

Bündnisse mit antizionistischen Gruppen oder das Unterzeichnen von antizionistisch geprägten Aufrufen schaden dem Ansehen der DFG-VK.

Antisemitismus

Alle, die sich im Namen der DFG-VK in der Öffentlichkeit zum Nahostkonflikt äußern, sollten ausreichende Kenntnisse auch über israelbezogenen Antisemitismus und über antisemitische Klischees, Codes und Camouflagen haben – und diese nicht selbst transportieren!

Hilfreich ist die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die von vielen Staaten und Institutionen anerkannt und angewendet wird (hier zu finden:

<https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> oder in der in Wikipedia). Diese Arbeitsdefinition ermöglicht es, legitime Kritik an Israel bzw. israelischer Politik von antisemitischen Positionen zu unterscheiden. Auch diejenigen, die die Arbeitsdefinition (aus politischen Gründen) ablehnen, finden hier eine Hilfestellung zur Erkennung problematischer Positionen.

Einseitige Adressierung Israels?

Einseitige Schuldzuweisungen im Nahostkonflikt sind unangemessen. In der Friedensbewegung wird oft der palästinensischen Seite große Empathie entgegengebracht - ohne jedoch die Verhältnisse zu berücksichtigen, unter denen israelische Bürger*innen leben müssen.

Die palästinensische Politik hat einen sehr großen Anteil daran, dass Friedensbemühungen nicht erfolgreich waren und das Westjordanland immer noch besetzt ist. - Die Siedlungspolitik im Westjordanland wiederum ist ebenso ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden.

Die Verantwortung der Hamas für den aktuellen Anti-Terror-Krieg in Gaza muss benannt werden. Dazu gehört auch die Verantwortung der Hamas für die vielen zivilen Opfer und die großflächige Zerstörung, die zur selbsterklärten Hamas-Kriegstaktik der menschlichen Schutzschilder gehören. Die israelische Armee ihrerseits handelt völkerrechtswidrig, wenn sie Tod, Leiden und Zerstörung über das vom Völkerrecht gedeckte „angemessene Maß“ hinaus verursacht.

Waffenstillstand in Gaza

Bei der Forderung nach einem Waffenstillstand muss berücksichtigt werden, dass durch einen Waffenstillstand alleine noch kein Frieden erreicht wird – und weiter Geiseln gehalten werden.

Die Hamas und andere Terrorgruppen haben wiederholt mitgeteilt, dass sie Israel weiter militärisch angreifen wollen – bis zur Vernichtung Israels.

Ergänzend muss eine Entwaffnung aller Terrorgruppen gefordert werden.

Geiseln in Gaza

Geiselnahme, auch von Soldat*innen, ist ein Kriegsverbrechen. Die Forderung nach *bedingungsloser* Freilassung aller Geiseln darf nicht vergessen werden. Die Forderung nach einem Austausch gegen Gefangene in Israel ist eine Forderung der Hamas - nur Betroffene wie z.B. Angehörige der Geiseln dürfen dies auch fordern.

Politische Kampfbegriffe

Zur antiisraelischen Propaganda werden Kampfbegriffe verwendet, die nicht ausreichend begründet werden (z.B. *Landraub*), Sachverhalte unzulässig verkürzt darstellen (*Vertreibung* anstatt *Flucht und Vertreibung*) oder nicht zutreffen (*Apartheid, Völkermord*). Die Verwendung dieser Begriffe polarisiert und entspricht nicht unserem Gedanken an Frieden und Ausgleich, sie sind somit für eine Friedenspolitik nicht geeignet. Der Begriff *Völkermord* für das Kriegsgeschehen in Gaza enthält im Kontext des 7.10.2023 sogar eine Täter-Opfer-Umkehr.

Die Flucht und Vertreibung von Araber*innen im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskriegs wird häufig als „Nakba“ (dt.: „Katastrophe“) skandalisiert, die zeitgleiche Flucht und Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus arabischen Staaten hingegen nicht erwähnt.

Antizionist*innen verwenden palästinensische Parolen wie *Free Palestine* und *From The River To The Sea*, die meistens als Aufrufe zur Zerstörung Israels gemeint sind. Auch mit Berufung auf eine andere Interpretation sollten sie deswegen nicht verwendet werden.

Verstöße gegen das Völkerrecht?

Die Behauptung von schwersten Verstößen Israels gegen das Völkerrecht wird oft nicht belegt oder bewiesen, sondern absichtsvoll als politische Waffe gegen Israel gerichtet. Die Rhetorik rechtsextremer Politiker ist kein Beweis für das Begehen von Verstößen gegen das Völkerrecht. Ein Verstoß gegen das Völkerrecht ist aber die Siedlungspolitik im Westjordanland.

Wer über das Völkerrecht redet, sollte es auch kennen und wissen, dass z.B. zivilen Opfern von Kriegen im Völkerrecht bedauerlicherweise keine herausragende Bedeutung beigemessen wird.

Besetzte Gebiete, palästinensischer Staat

Das Narrativ, nach dem der Abzug der israelischen Armee aus dem Westjordanland und die Räumung der Siedlungen bereits zu Frieden führen würden, ist historisch widerlegt (Abzug aus dem Gazastreifen 2005). Verkürzte Darstellungen dieser Art genügen nicht dem Anspruch an eine politische Analyse. Zu einer Friedenslösung gehört die Gründung eines palästinensischen Staats, der eine friedliche Koexistenz mit Israel garantieren können muss.

Waffenlieferungen an Israel

Wenn deutsche Waffenlieferungen an Israel thematisiert werden sollen, ist eine Kontextualisierung in die allgemeinen Positionen der DFG-VK zu Waffenproduktion und -export notwendig. Eine isolierte Betrachtung kann den Eindruck von Voreingenommenheit und Parteinahme für politische und militärische Angriffe auf Israel erwecken.

Ein Hinweis auf iranische Waffenlieferungen an Hamas und Hisbollah sollte nicht fehlen.

Erwähnenswert ist auch, dass die Hamas Hilfslieferungen und Geldmittel, die auch aus Deutschland stammen, für ihren Terrorkrieg nutzt.

Bei Protesten vor Rüstungsstandorten ist eine Distanzierung von antisemitischen Kundgebungen vor denselben Standorten ratsam.